

**ZITAT:**


»Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen durch die sie entstanden sind.«

Albert Einstein

NEWS

lfd. Nr.: 10-2008

panem et circenses

Leute, **Brot & Spiele Zeit** steht fußballmäßig an. Und ja, ich gebe es zu, ich bin einer von den depperten "Zirkusbesuchern", die sich mit kostenlosem Brot bei den Spielen einlullen lassen . Alle zwei Jahre, zu den großen Turnieren, gönne ich mir das einfach! Insofern leidet heute die Ausführllichkeit mitunter ein bisschen.

Überdies werden ich mich die nächsten Fußballwochen nur sporadisch mit den Abgründen der Finanz- und sonstigen Welt beschäftigen können.

Nichtsdestotrotz, für diesmal im Einzelnen wie folgt:

Inhaltsverzeichnis

I WIRTSCHAFT.....	2
1.) Ein paar verkürzte Statistiken: »US-»Delinquency rates» und »Charge-offs»« + BRD / Neuverschuldung der privaten.....	2
a) »US-»Delinquency rates» und »Charge-offs»«.....	2
b) »Neuverschuldung der deutschen privaten«.....	3
2.) Die Einlagensicherung in Deutschland.....	4
3.) Nur Link.....	6
II Sonstiges.....	7
1.) Caritas & Co. – mehr Schein als Sein?.....	7
a) ...den evangelischen Hilfsorganisationen (Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe, Diakonisches Werk, Stiftung Kronenkreuz). .	7
b) ...den katholischen Hilfsorganisationen (Caritas, Misereor).....	10
c) Schlusswort / Mega-Konzern Kirche; Das Geschäft mit der Nächstenliebe; Die heimlichen Geschäfte der Wohltäter.....	11
III Anhang.....	15
1.) Finanzierung der Kindergärten- bzw. tagesstätten.....	15
a) Die »Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)«,.....	15
b) Das »Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg«.....	15

I WIRTSCHAFT

1.) Ein paar verkürzte Statistiken: »US-»Delinquency rates» und »Charge-offs»« + BRD / Neuverschuldung der privaten

In aller Kürze, da ich, wie eingangs beschrieben, momentan nicht unbedingt zur Ausführlichkeit neige, ein paar Statistiken. Zusammenfassend könnte man sagen: HUI & PFUI!! Zunächst mal zum PFUI!

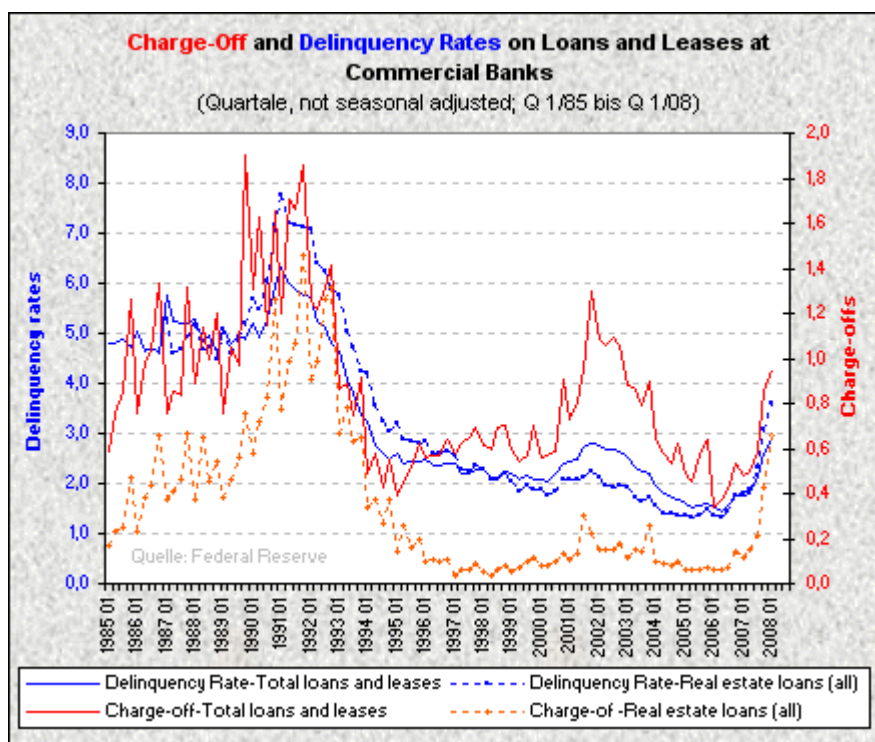
a) »US-»Delinquency rates» und »Charge-offs»«

Sprich, die Raten der »säumigen Schuldner (= Delinquency rates)« und der letztendlich tatsächlich eingetretenen »Ausbuchungen / Pleiten (= Charge-off)«.

Die neuesten Daten für das erste Quartal 2008 sind verfügbar...

Charge Off rates		
Quartal	Real Estate Loans (all)	Total Loans and Leases
2007:1	0.11	0.48
2007:2	0.15	0.50
2007:3	0.21	0.59
2007:4	0.44	0.86
2008:1	0.66	0.95

Delinquency rates		
Quartal	Real Estate Loans (all)	Total Loans and Leases
2007:1	1.81	1.75
2007:2	1.91	1.79
2007:3	2.35	2.12
2007:4	3.00	2.55
2008:1	3.61	2.89



...und zeigen ein zunehmend beunruhigendes Bild, wie ihr den Tabellen und der Graphik entnehmen könnt. Im Grunde braucht's keine weiteren Kommentare, insofern ich einfach den vom letzten mal (24.03.08) stehen lassen kann:

Ähnliches lässt sich für alle weiteren Unterkategorien konstatieren (es gibt noch mehr Daten, z.B. die »Credit Cards Delinquencies und Charge-Offs«: siehe ►»Fed«): von den Höchstwerten Anfang der neunziger sind die US-Kreditsümpfe zwar noch weit entfernt, indes die Entwicklung der letzten drei [nun vier] Quartale stramm in diese Richtung marschiert. Will sagen, orientieren wir uns nicht *ausgerechnet* an den absoluten Peaks, so zeigen die jüngsten Daten einen *mindestens* besorgniserregenden Verlauf. Die Spielräume der US-Konsumenten sind inzwischen nun wahrlich nicht größer geworden; insofern "wir" wohl leider weiterhin von Zuckungen gen Norden ausgehen sollten.

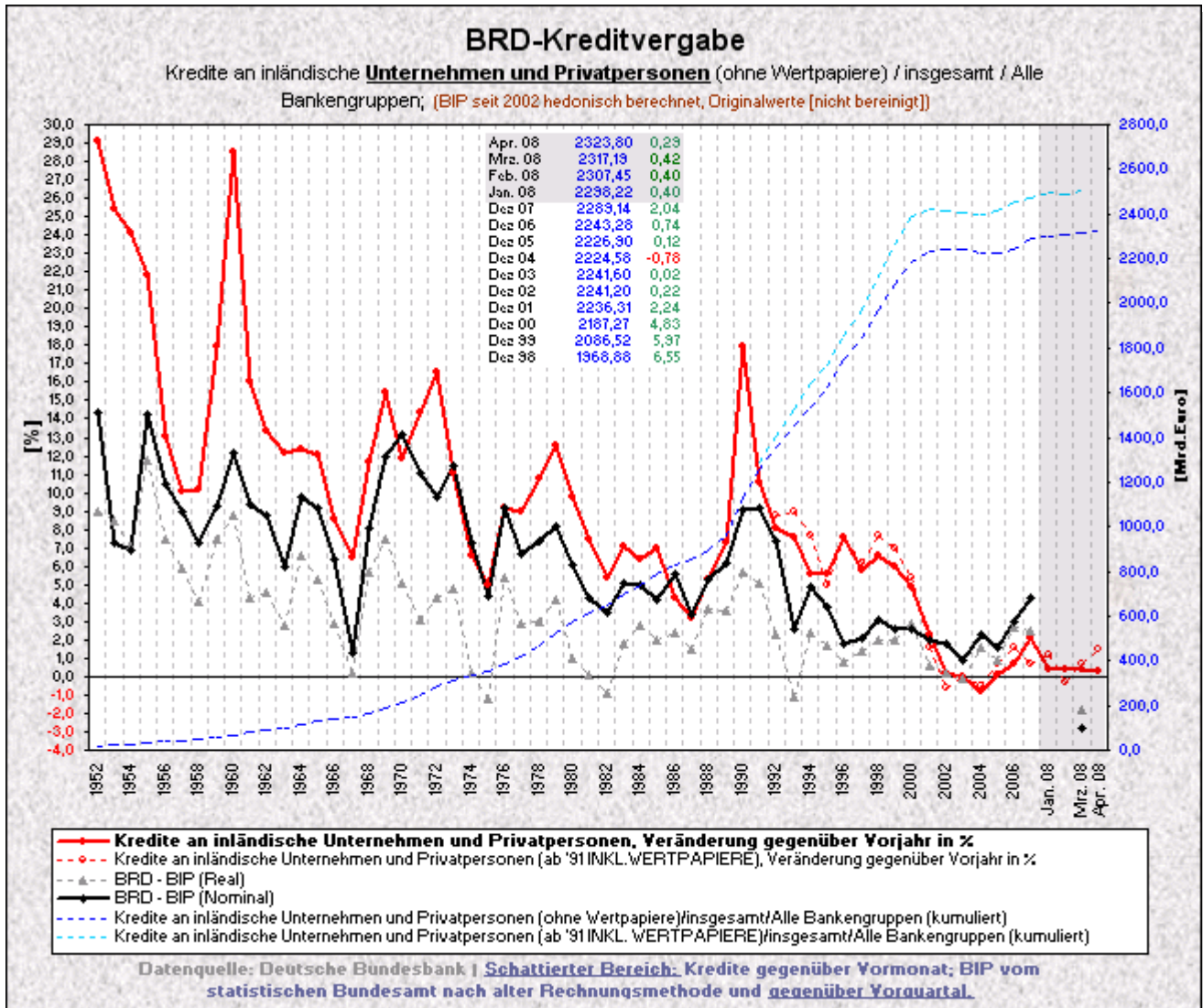
Langsam aber sicher werden die Sorgenfalten tiefer und tiefer (PFUI!). Die Frage ist, ob das System auch zum *aktuellen Zeitpunkt* weiter steigende Ausfallraten verkraften kann?!? Positiv zu Vermerken wäre noch, dass wenigstens die Neuverschuldung weiterhin deutliche Zuwachsraten verzeichnet: ►»Debt Outstanding by Sector«; ►»Consumer Credit«. Auch und gerade bei den privaten! Das Dumme dabei ist halt, dass das alles lediglich die *Vergangenheit* aufzeigt. Wer weiß schon, was da im *Augenblick* möglicherweise gerade abgeht? Im wahren Sinne des Wortes ABgeht? Aber gut, *immerhin* sind die zur Verfügung stehenden Daten nicht schlecht! Schauen wir uns das *deutsche* Pendant an. Durchaus ein HUI!

b) »Neuverschuldung der deutschen privaten«

Auf die Schnelle die *Neukreditvergabe* für die deutschen »Unternehmen und Privatpersonen«. Wobei ich hierzu DRINGEND daran erinnern will – das werde ich zukünftig jedes mal tun – dass hier was nicht ganz koscher ist. Aus meiner Zusammenstellung ► [»Statistikverschönerungen«](#)

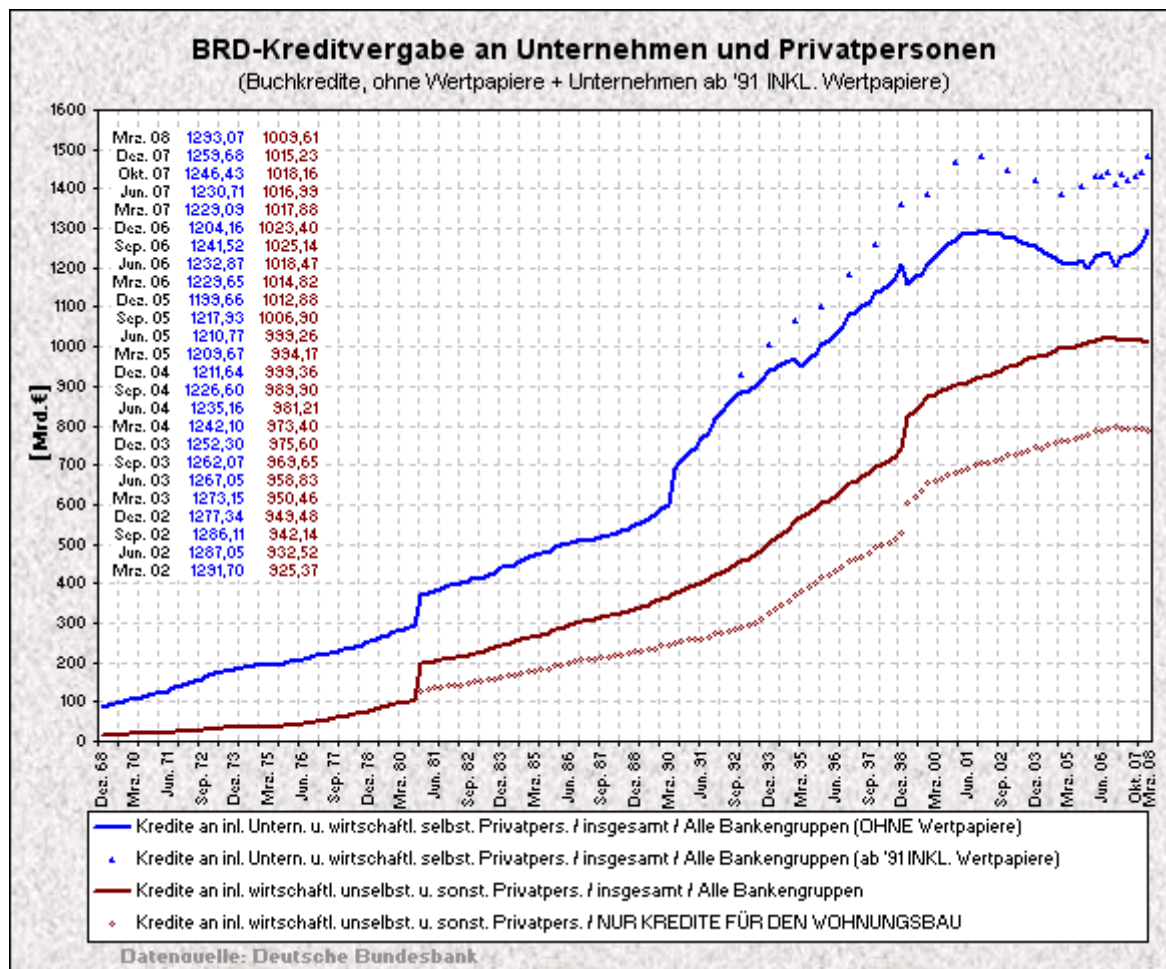
»Die Zahlen der Kreditvergabe, die die BuBa mit der blumigen Überschrift »Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen« betitelt, muss nun mit einer gehörigen Portion *Argwohn* betrachtet werden. Ganz offensichtlich besteht ein Teil aus des Staates Tentakeln. Zu denen ist zwar bedauerlicherweise kein konkreter Einfluss eruiierbar (durchaus möglich, dass er sich nicht allzu sehr bemerkbar macht); die bloße Tatsache des Vorhandenseins reicht jedoch schon, um einen ständigen Platz im Hinterstübchen zu beanspruchen: OBACHT!«

Des ungeachtet stellen wir fest...



...dass der April 08 durchaus hätte schlechter ausfallen können. Nur die *Buchkredite* +0,29% und inklusive der *Wertpapiere* +1,53% sind in der Tat recht positiv. Dadurch ergibt sich für 2008 bisher ein **Gesamtwuchs** von +1,51% für die *Buchkredite*, inklusive *Wertpapiere* +3,01%. Für den Moment ganz hervorragende Zahlen!! *Crisis? What Crisis?* 😊

Das ganz noch feiner unterteilt in die »Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen« & »wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen« stellt sich wie folgt dar:



Wir erkennen überdeutlich, dass das positive Bild ausschließlich von den *Unternehmen und Selbständigen* getragen wird. Bei den *wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen* schlägt die nachlassende Hypothekenaktivität negativ zu buche. Da aber die *Unternehmen* neben dem Staat die *einzigsten* ERSTschuldner sein können und sind, ist das noch nicht einmal eine so schlechte Entwicklung. Denn die Gehälter der Arbeiter und Angestellten sind ja erst die Folge dieser Verschuldung. Die Konsequenz des Ganzen zeigt sich auch in den Insolvenzzahlen: ► »13,1% weniger Insolvenzen im ersten Quartal 2008«. Das bemerkenswerte hierbei ist nicht mal der Rückgang an sich, sondern vielmehr, dass die *Verbraucherinsolvenzen* heftig nachließen. Alles in allem demnach ein Status Quo, der uns bis hierher durchaus gefallen kann. Das ich dem Finanzkrisen-Braten nach wie vor nicht traue, kann jeder für sich selbst einordnen. Die Schote ist meines Erachtens noch lange nicht durch!!

2.) Die Einlagensicherung in Deutschland

Oder besser: Die Einlagensicherungsfonds der verschiedenen Institutgruppen.

Da eigentlich jedem halbwegs klar denkenden Mensch einleuchten sollte, dass bei einer *echten* Bankenkrise, die tatsächlich ins "Eingemachte" geht (die augenblickliche das betreffend einzuordnen, fällt mir allerdings schwer; durchgestanden ist da jedenfalls noch ► »nichts« / ► »nichts 2«), weder ein Einlagensicherungsfonds noch sonst irgendwas Schutz bieten kann, ist das Thema nun nicht gerade "der Reißer". Im Grunde wird nur das bestätigt, was sich sowieso jeder denken können sollte.

Trotzdem, da es "zwischen drin" zufällig meines Weges kreuzte, will ich doch rasch was dazu bringen. Außerdem macht es sich immer gut, wenn man mal aus offizieller Quelle Bestätigung erfährt 😊.

Zunächst mal, für diejenigen, die überhaupt nicht wissen, worum es geht, ein erklärender Link: ► »[Einlagensicherung](#)«

So, und nun schauen wir uns ein paar nennenswerte Passagen, aus einigen der Institutsgruppen-Statuten, zu den Sicherungsfonds, an.

STATUT DES EINLAGENSICHERUNGSFONDS vom Bundesverband Deutscher Banken (⇒)

§ 6 Umfang der Einlagensicherung

10. Ein Rechtsanspruch auf ein Eingreifen oder auf Leistungen des Einlagensicherungsfonds besteht nicht.

§ 10 Keine Ansprüche der Bank

Ein Rechtsanspruch der Banken auf Hilfeleistung oder auf das Vermögen des Einlagensicherungsfonds besteht nicht. [...]

Satzung für den Sicherungsfonds der Landesbausparkassen (⇒)

§ 16 Gesamtvolumen, Auffüllungen, Nachschusspflichten

(5) Die Inanspruchnahme aus der Nachschusspflicht (§ 16 Abs. 1) bzw. Auffüllungspflicht (§ 16 Abs. 3) darf nicht zu einer substantiellen Gefährdung der einzelnen Mitgliedsinstitute führen.

Satzung für den Einlagensicherungsfonds, Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. (VÖB) (⇒)

§ 13 Ausschluss von Rechtsansprüchen

Auf das Eingreifen oder auf Sicherungsleistungen des Fonds besteht kein Rechtsanspruch. Dies gilt sowohl für die Mitglieder als auch für deren Kunden oder sonstige Personen.

§ 15 Sicherungsfall

Die Fondsmittel können bei drohenden oder bestehenden finanziellen Schwierigkeiten eines Mitglieds, insbesondere bei drohender Zahlungseinstellung, eingesetzt werden. Die Ursache der wirtschaftlichen Schwierigkeiten muss in den geschäftlichen Verhältnissen dieses Instituts liegen. **Eine allgemeine Krise der Kreditwirtschaft kann keinen Sicherungsfall begründen. Über die Feststellung des Sicherungsfalls und die zu ergreifenden Maßnahmen entscheidet der Beirat.** Die Beschlussfassung erfolgt mit einer Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen Stimmen (ohne Berücksichtigung von Stimmenthaltungen).

So deutlich, wie der gefettete Satz, im letzten zitierten Absatz des VÖB, wird sonst kein Statut. Gleichwohl lässt sich *meines* Erachtens auch so schon folgendes zusammenfassend feststellen:

- Sowohl die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen, als auch die darüber hinausgehenden, "freiwilligen" Einlagensicherungsfonds der verschiedenen Institutsgruppen, sind grundsätzlich sicherlich nicht der dümmste Ansatz. Im Grunde genommen handelt es sich ja um eine Art "Versicherungs Sonderform", und Versicherungen haben selbstverständlich durchaus ihre Daseinsberechtigung. Insofern ist das für den "Normalbetrieb" schon okay!
- Man sollte jedoch alles andere tun, als sich in Sicherheit wiegen! Da weder für die Kreditinstitute, noch für deren Kunden, ein Rechtsanspruch auf Eingreifen der Einlagensicherungsfonds besteht, sind, und das betrifft letztlich natürlich in erster Linie die *Kunden (dich und mich, uns!!)*, etwaige Sicherungsfälle unmittelbar abhängig von den Entscheidungen der diversen Ausschüsse und Gremien der Institute *selbst!* Im "Normalbetrieb" der Bankenlandschaft wird das weniger ein Problem sein – und hat meines Wissens bisher ja auch recht ordentlich funktioniert. Was aber geschieht, wenn der "Normalbetrieb" langsam aber sicher in eine um sich greifende, *angespannte* Lage wechselt? Für eine solche Situation lassen die Statuten / Satzungen ausreichend Luft, um dem Sicherungsfall zu entgehen. Beispielsweise wäre es gewiss nicht vollkommen undenkbar, dass "angeschlagene" Geldinstitute *frühzeitig* aus dem für sie zuständigen Sicherungsfonds ausgeschlossen werden. Irgendeine "sinnvolle" Begründung a la *"Verletzung der Sorgfaltspflicht"* wird nicht schwer zu finden sein. Oder es wird gleich die *"allgemeinen Krise der Kreditwirtschaft"* etc. ausgerufen. Im tatsächlichen "Falle eines Falles" wird man sich also dezent zurückziehen und sich urplötzlich der Freiwilligkeit dieser Einrichtungen erinnern. Wobei es dabei weniger um Sinn, Unsinn, oder Ge- oder Ungerechtigkeit geht (darüber kann man meiner Ansicht nach sicherlich streiten; ich meine, bevor der komplette Bankensektor abschmiert, können (!!)) dergleichen "Notbremsen" u.U. die bessere Alternative sein). Von Belang scheint mir vielmehr, dass man sich als Kunde einfach bewusst machen sollte, dass aus Sicht der Kreditinstitute durchaus vorgesorgt ist.

Zwar gibt es dann ja noch den gesetzlich verpflichtenden bzw. garantierten Teil (► [»Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz«](#)), aber erstens können auch dort Institute ausgeschlossen werden (»[...] Nach dem Ausschluß haftet die Entschädigungseinrichtung nur noch für Verbindlichkeiten des Instituts, die vor Ablauf dieser Frist begründet wurden.«). Zweitens sind die Ansprüche auf max. 20.000 Euro gedeckelt. Nichtsdestotrotz, ich schrieb es schon mehrfach, für den "Normalbetrieb" ist das ja alles okay und immerhin "besser als nichts"!

- Aber nochmal zurück zu den *"freiwilligen"* Einlagensicherungsfonds. Unter ► [»Die Welt-Finanzkrise: Wie sicher sind Sparkonten in Deutschland?«](#) wird ein Aspekt überdeutlich. Die Pleite, "nur" *einer* der Großbanken in Deutschland, reicht im

Grunde schon aus, den Rahmen (=die über den gesetzlichen Mindestbetrag von 20.000€ hinausgehenden Einlagen) zu sprengen. »[...] Wenn Sie ein größeres Konto bei einer der 20 größten Banken Deutschlands haben, und die vollmundigen Zusicherungen lesen, dass Konten bis zu 30 Prozent des haftenden Eigenkapitals durch den Einlagensicherungsfonds geschützt sind, dann dürfen Sie wohl jetzt schließen, dass diese Zusicherung Schall und Rauch sind. Im Fall einer systemischen Finanzkrise, und selbst im Fall einer extremen Schieflage einer einzigen Großbank, ist die Einlagensicherungsfonds weit davon entfernt, diese Zusage einhalten zu können. [...] dass der Bankenverband die Behauptung verbreitet, dass alles so wunderschön sicher ist, und die Mitglieder auch noch dazu verpflichtet, diese Behauptungen zu verbreiten (ja, wirklich! Siehe den Statut des Einlagensicherungsfonds des Bankenverbandes, suche ihn per Google), und ansonsten weiter die Sparer im Dunkeln lässt, wie umfangreich denn die Sicherung im Vergleich zu den zu sichernden Einlagen ist, das halte ich für – vorsichtig ausgedrückt – merkwürdig.« Gleiches gilt meines Dafürhaltens für die gesetzliche Komponente. Auch diese würde ins Wanken (Fallen?) geraten. Dafür wäre der Sturz einer der Großbanken höchstwahrscheinlich einfach zu "überdimensioniert".

Abschließend sei das ganze nochmal zurecht gerückt. »[...] eigentlich ist doch klar, dass der Einlagensicherungsfonds *[egal, ob freiwillig oder verpflichtend]* nicht den Umfang aller Einlagen (oder selbst einen großen Prozentsatz dieser Einlagen) haben kann.« und – Eingangszitat – "dass bei einer *echten* Bankenkrise, die tatsächlich ins "Eingemachte" geht, weder ein Einlagensicherungsfonds noch sonst irgendwas Schutz bieten kann". Das liegt einfach in der Natur der Sache – eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem wird auch hier offensichtlich mal wieder nicht mit gänzlich offenen Karten gespielt. Insofern fand ich das durchaus erwähnenswert!

3.) Nur Link

Ein paar Links, die ich ob des Zeitmangels nur rudimentär behandeln kann und will, möchte ich euch aber doch nicht vorenthalten. Vielleicht ist ja für den ein oder anderen was von Interesse dabei?!?!?

- ▶ [»Ohne Lagerbestände und Rüstungsausgaben gäbe es kein US-Wachstum«](#)
- ▶ [»Das Bundesfinanzministerium als Staat im Staate ... Eine nähere Untersuchung zeigt, dass dieser Rechtsbruch nur die Spitze des Eisbergs ist.«](#)
- ▶ [»Bundespräsidiale Heuchelei ... Und hier genau liegt die Krux: denn als Köhler diese detaillierte Einsicht sehr wohl hatte, und nicht nur das, auch Mittel und Möglichkeiten, die Dinge zum Besseren zu wenden, da klang der Mann ganz anders.«](#)
- ▶ [»Abstimmung über den EU-Vertrag: Erheben wir unsere Stimmen in Irland!«](#)
- ▶ [»Zukunft Europas: Beethoven oder Schönberg. Ode an die Freude oder Dodekaphonie?«](#)

II Sonstiges

1.) Caritas & Co. – mehr Schein als Sein?

Oder noch schlimmer, doch "mehr Sein als Schein"??

Okay, okay, die Überschrift ist vielleicht geringfügig, ein kleines Ideechen sozusagen, übertrieben ☹️. Gaaanz so weit will ich denn doch nicht gehen!! Denn im Folgenden – das sind die " & Co." – dreht es sich, neben der "christlichen" Caritas, ausschließlich um kirchliche Hilfsorganisationen. Mir liegt es also vollkommen fern, Hilfsorganisationen grundsätzlich anzugreifen. Ja selbst bei den kirchlichen ... ach, lest einfach weiter! Ach so, es handelt sich um die Finanzierung der vordergründig rein kirchlichen Organisationen.

Also, zunächst mal ist das Thema ja nicht vollkommen neu; ich wies schon mehrfach darauf hin. Zuletzt am 24.03.08, wo es um die Finanzierung der "kirchlichen" Kindertagesstätten ging (siehe [Anhang](#) unten). Damals kam ich zu dieser Schlussfolgerung: »*Gleichwohl scheint meines Erachtens der tatsächliche finanzielle Aufwand der Kirchen, in keinem Verhältnis zu dem diesbezüglichen imagemäßigen Nutzen und ihrer Selbstdarstellungen zu stehen. Provokant gesagt: Die Kirchen sonnen sich in einem sozialen Liegestuhl, den sie gar nicht selbst bezahlt haben!!*« Ferner steht über allem selbstverständlich die Gesamtfinanzierung der Kirchen, die per se schon mit Milliarden an Steuergeldern zustande kommt. *Dieser Punkt sollte bei allem Nachstehenden auf keinen Fall vergessen werden!!* Im Übrigen gibt es dazu ► **»HIER«** (!!!!) sehr umfangreiches Material. Ein Abstecker mit geduldigem "Durchklicken" ist allemal lohnenswert!!

Gut, schauen wir uns nun also Caritas & Co., hinsichtlich der selben Fragestellung, an! Beginnen wir mit der "seichten" Variante,...

a) ...den evangelischen Hilfsorganisationen (Brot für die Welt, Diakonie Katastrophenhilfe, Diakonisches Werk, Stiftung Kronenkreuz)

o »Brot für die Welt«

Im Jahresbericht 2006 (>>) von **»Brot für die Welt«** ist tatsächlich weitestgehend in Ordnung (bis auf einen kaum nennenswerten Anteil von Misereor, sie unten)!! Womit ich sagen will, dass nahezu *keine* öffentlichen Mittel in den Einnahmen enthalten sind. (Und mehr soll hier auch gar nicht thematisiert werden (!!): Der Anteil der öffentlichen Zuwendungen. Auf darüber Hinausgehendes will ich an dieser Stelle nicht eingehen!). Der "Laden" selbst scheint wirklich "sauber" zu sein. Das ist doch mal überaus angenehm, so was!!

o »Diakonie Katastrophenhilfe«

Eine weitere der evangelischen Organisationen ist die **»Diakonie Katastrophenhilfe«**. Und schon wird es "unangenehmer"!! Deren Jahresbericht 2006 (>>) weist bei den Einnahmen (Gesamt = 22,99 Mio.€) von vornherein einen Anteil aus öffentlichen Mitteln von 24,9% aus (= 5,73 Mio. Euro). Dazu kommen noch 650.000€ des Deutschen Caritasverbandes (dazu später mehr!!) und ein bisschen "Kleckerkram", so dass wir für 2006 durchaus von circa **28-30%** aus gänzlich öffentlichen Mitteln reden dürfen!

Nun, für eine rein kirchliche Institution, die von sich selbst sagt, sie »[...] ist das humanitäre Hilfswerk der evangelischen Kirchen. Orientiert am christlichen Menschenbild und aus der Gesamtverantwortung für Gottes Schöpfung [...]« ist mir, für eine derartiges Selbstverständnis, bereits hier zu viel NICHTkirchliches vorhanden. Ich meine, natürlich IST es formell das Hilfswerk der evangelischen Kirchen, keine Frage. Bei einer knapp 30-prozentigen Beteiligung der Steuerzahler (inkl. NICHTkirchlicher Steuerzahler), fehlt mir aber der "Vermerk" Hilfswerk der evangelischen Kirchen *"in 30-prozentigem Besitz der EU-Steuerzahler"*, oder irgendwas in der Art!!

»Diakonie Katastrophenhilfe«

Ergänzen möchte ich noch folgendes:

Quelle >>	Öffentliche Mittel in Mio. Euro	Öffentliche Mittel in Prozent
2005*	5,55	ca. 8 - 10
2004	11,60	ca. 33,6 - 35
2003	3,44	ca. 18 - 21
2002**	2,07	ca. 2,8 - 5

*Exorbitant hohes Spendenaufkommen wegen Tsunami-katastrophe

**Exorbitant hohes Spendenaufkommen wegen Flutkatastrophe

Offensichtlich schwanken die Zugaben der öffentlichen Gelder recht stark. Keinen Schimmer, wovon das abhängt. Wie dem auch sei, rechnen wir die überproportionalen Spendenaufkommen gedanklich heraus, ergeben sich auch über die vergangenen Jahre recht "ordentliche" Anteile der Öffentlichkeit!

o »**Diakonisches Werk**«

Aber gut, weiter im Text. Die *Dachgesellschaft* (>>) u.a. beider vorgenannten Organisationen, das »**Diakonische Werk der Evangelischen Kirchen**«, ist als nächstes dran. Der Lagebericht 2006 (>>) zeigt Einnahmen in der Summe von 30,64 Mio.€. Unmittelbar zu ersehen stammen hiervon 5,04 Mio.€ aus *öffentlichen* Mitteln (= 16,45%). Hinzu kommen noch »[...] die *Auflösung von Zweckverbindlichkeiten der „Diakonie Katastrophenhilfe“ in Höhe von 2,74 Mio.€ [...]*«, die, wir haben es soeben festgestellt, ebenfalls zu einem nicht unbeträchtlichen Teil in die öffentliche Schatulle greift. Des weiteren finden wir noch *sonstige Erträge* und *Zuschüsse* und die "Reste" der *Auflösung von Zweckverbindlichkeiten*, die allesamt dermaßen lückenhaft belegt sind, dass da alles Mögliche versteckelt sein könnte.

Da ich hier schließlich am herumnörgeln bin 😊, gehe ich, jedoch wohl kaum völlig "weltfremd", also von einem Anteil der *Steuerzahler* von **mind. 20 Prozent** aus. Für einen »eingetragenen Verein«, der sich wie folgt selbst definiert: »*Ihr Glaube an Jesus leitete sie in ihrem Tun und Handeln. Dies ist bis heute Grundlage und Basis aller Arbeit innerhalb der Diakonie. Detaillierter und bezogen auf die einzelnen Bereiche der Diakonie steht es im Selbstverständnis.*« (>>), greift auch das Diakonische Werk *fragwürdig ungeniert* der (*öffentlichen*) *Allgemeinheit* in die Taschen. So viel schon mal bis jetzt zum Thema "Trennung von Staat und Kirche".

o »**Stiftung Kronenkreuz**«

Und wo ich gerade dabei bin... Etwas *abseits vom eigentlichen Thema* erblicken wir weiteres Interessantes. In gerade angesprochenem Jahresbericht der Diakonie, wird als Zuschussgeber eine gewisse »**Stiftung Kronenkreuz**« aufgeführt. Diese Stiftung hat laut Regierungspräsidium Stuttgart (>>) folgenden Zweck: »*Die Stiftung verfolgt ihren Zweck durch die Beschaffung von Mitteln und Zuwendung finanzieller Mittel aus ihren Erträgen ausschließlich zur Förderung der Arbeit des Diakonischen Werks der EKD.*« Was immer diese "Arbeit" auch sein mag?? Viel gibt es zu dieser "Stiftung" leider nicht zu finden. Ein paar "Kleinigkeiten" aber doch!

Beispielsweise ist die "Stiftung" zu 25% an der...

...»*Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH*«...

...beteiligt. Nach eigener Aussage im Geschäftsbericht 2006 (>>) ist »*Mit rund 3.200 Mietwohnungen und 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH das größte Wohnungsunternehmen im Kreis Minden-Lübbecke.*« Na das ist doch schon mal was – nicht gerade ein Zwerg! Es wird aber noch besser!! Denn 50 % an dem Aufbaudingen gehören außerdem der »*Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes NRW*« Staat und Kirche einträchtig Hand in Hand; man glaubt es nicht!! Das die verbleibenden 25 % an die »*Evangelische Kirche von Westfalen, Bielefeld*« gehen, verwundert dann nicht weiter!

»Im Landeshaushalt 2005 enthaltene Risiken werden durch den 2. Nachtragshaushalt schonungslos aufgedeckt. Beispielsweise nenne ich finanziellen Mehrbedarf von [...] **330 Mio. € bei der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen [...]**« (>>)

Nicht dass das nun hieße, dass da zwingend und direkt Gelder vom Land NRW an die »*Aufbaugemeinschaft Espelkamp GmbH*« – und damit indirekt an die Stiftung – geflossen sein müssen (andererseits ist das natürlich auch nicht vollkommen auszuschließen!). Aber dergestalt, mit einem solch potenten Geldgeber im Rücken, lässt sich mithilfe der »*Stiftung Kronenkreuz*« »*die Beschaffung von Mitteln und Zuwendung finanzieller Mittel aus ihren Erträgen ausschließlich zur Förderung der Arbeit des Diakonischen Werks der EKD*« selbstredend recht gelassen angehen. Aber selbst dass ist noch nicht mal das "Beste"!!

Die »*Kommission für eine nachhaltige Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen*« stellt 2006 folgendes fest (>>):

»Der Beteiligungsbericht des Landes für 2003 (ein neuerer liegt noch nicht vor) weist 48 Beteiligungen aus, von denen die meisten allerdings Gesellschaften betreffen, die entweder nur von öffentlichen Zuschüssen abhängig und deshalb nicht veräußerbar sind, oder die auf Vereinbarungen mit anderen Ländern beruhen, die nicht einseitig gekündigt werden können, oder die im kulturellen oder sozialen Bereich tätig und deshalb nicht ertragsorientiert arbeiten. Auch für solche Gesellschaften scheidet eine Veräußerung mangels Investoreninteresse aus.

Im Hinblick auf eine Veräußerungsstrategie gibt es lediglich elf relevante Beteiligungen. Dies sind im folgenden:

- [...]
- **Aufbaugemeinschaft Espelkamp (AGE)**
- [...]

Bitte zwischen den Zeilen lesen!! Nach dieser Definition gehört die AGE also ganz *offensichtlich nicht* zu den Gesellschaften, die »...*im kulturellen oder sozialen Bereich tätig sind und deshalb nicht ertragsorientiert arbeiten*«. Tja, klipp und klar: sie arbeiten denn wohl doch ertragsorientiert!!

An sich ist ertragsorientiertes Arbeiten gewiss nichts Verwerfliches (Stichwort Debitismus usw.). Bloß erstens bedient sich die EKD, u.a. eben via der "Stiftung Kronenkreuz", dabei eines recht fragwürdigen "Partners", nämlich zum wiederholten Male bei der öffentlichen Hand (dem Steuerzahler). Und zweitens bröckelt beschleunigt der schöne Schein des sozialen, den die Kirchen doch stets wie ein (Schutz)Schild vor sich her tragen. Insofern ist der nächste "Schritt" im Grunde keine echte Überraschung.

Nochmals aus dem Jahresbericht der AGE:

»Durch Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes ist die Gemeinnützigkeit mit Wirkung vom 01.01.1990 entfallen.«

Okay, der Gewinn der AGE hielt sich in den letzten Jahren in überschaubaren Grenzen (2001 – 2006 = insg. +313.000€) und möglicherweise kann man der AGE einen gewissen "sozialen Hintergrund" ja nicht mal absprechen (wobei man im Debitismus auch zu anderen Ergebnissen kommen kann, bezieht man ihn nur als *stets real existierende Grundlage* mit ein), aber diese elende, penetrante Verquickung von Staat und Kirche ist das *Mindeste*, was einem diesbezüglich den letzten Nerv rauben sollte. Im Übrigen sitzt dem **»Evangelischen Siedlungswerk in Deutschland e.V., der Dachverband der evangelischen Wohnungsunternehmen in Deutschland.«** ein gewisser *Steffen Heitmann* als *Präsident* vor. (>>) Der Typ wollte für die CDU mal Bundespräsident werden, war Justizminister in Sachsen und Staatsminister der Justiz, und ist Mitglied im sächsischen Landtag. Abgesehen davon ist er auch ansonsten nun nicht gerade ein **»unbescholtener«**. Das alles wird – milde formuliert – mit Sicherheit nicht zum Nachteil des *Wirtschaftsunternehmens* Kirche sein!!

Belegt wird diese meine "Unterstellung" meines Erachtens auch durch folgendes: der...

...Bank für Sozialwirtschaft AG

An dieser Bank ist neben der *Caritas Stiftung* mit 23,57% (zur Caritas siehe auch weiter unten!) u.a. eben auch die **»Stiftung Kronenkreuz«** mit 23,57% beteiligt.

»Spätestens mit der Weimarer Reichsverfassung, die nach der gescheiterten Novemberrevolution die Macht der Kirchen nicht einschränkte, wurde die klerikale Diakonie vom Staat vollends privilegiert und praktisch komplett finanziert. In der Weimarer Republik wurden nicht nur feste Staatszuschüsse regelmäßig gezahlt, sondern auch ein immer größer werdender Teil der Kosten durch Pflegesätze getragen. Im März 1923 wurde unter Federführung des Reichsarbeitsministeriums zudem eine Bank gegründet, die "Hilfskasse", über die nun alle öffentlichen Gelder an die "freie Wohlfahrtspflege" ausgezahlt wurden (heute: Bank für Sozialwirtschaft.[...])« (>>)

Soll sich bloß niemand der Illusion hingeben, dass sich das heute wesentlich anders darstellt.

»30 Jahre Revolvingfonds: Aufbau- und Finanzierungshilfe für die Freie Wohlfahrtspflege

Heute [2004] genau vor 30 Jahren wurde der Revolvingfonds als Finanzierungshilfe für die soziale Arbeit eingerichtet. Für diesen Fonds, aus dem zinslose Darlehen an freigemeinnützige Einrichtungen und Organisationen vergeben werden, stellte die Bundesregierung insgesamt mehr als 286 Millionen Euro zur Verfügung. [...] Der Revolvingfonds sieht eine Darlehenslaufzeit für die geförderten Projekte von maximal 25 Jahren vor. Die Tilgungszahlungen fließen nicht zurück in den Staatshaushalt, sondern können vom Revolvingfonds-Ausschuss immer wieder neu vergeben werden. Daher der Name „Revolvingfonds“. Das Gesamtvolumen des Fonds in Höhe von 175 Millionen Euro wird von der *Bank für Sozialwirtschaft* treuhändlerisch verwaltet.« (>>)

Geschäftsbericht für 2007 (>>):

- Zinsüberschuß 😊: 72,4 Mio.€
- Bilanzsumme: 4683,9 Mio.€
- Jahresüberschuß: 23,4 Mio.€
- Dividendenzahlung: 4,2 Mio.€ an die Aktionäre!

Somit wird **»die Beschaffung von Mitteln und Zuwendung finanzieller Mittel aus ihren Erträgen ausschließlich zur Förderung der Arbeit des Diakonischen Werks der EKD«**, besagte **»Stiftung Kronenkreuz«**, mit Dividendenausschüttungen von knapp 1 Million Euro beglückt.

Ernsthaft... jeder hat ja so seine eigenen Vorstellungen, Definitionen und Deutungs"vorlieben". Mit *meiner* Definition von Kirche hat all das jedenfalls nichts mehr zu tun!!!

Zurück zum Ursprungsthema!! Ich hatte oben die Rede von der "seichteren" Variante. Genau das war es bis hier her (wenngleich *ich persönlich* bereits das als überaus kritikwürdig einstufe). Das dergleichen noch weitaus *schamloser* funktioniert, müssen wir bedauerlicherweise bei...

b) ...den katholischen Hilfsorganisationen (Caritas, Misereor)...

...feststellen! *Caritas* und *Misereor* sind die nächsten Kandidaten! Auch hier als erstes die weniger "dramatische" Version:

o »Caritas«

Bevor wir zu den Zahlen kommen, lohnt sich auch bei der *Caritas* die Eigendefinition. Voilà (>>): »[...] Als Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche wirkt der Deutsche Caritasverband an der Gestaltung des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens mit. Maßgebend für seine Tätigkeit sind der Anspruch des Evangeliums und der Glaube der Kirche. Durch sein Wirken trägt er zur öffentlichen Beglaubigung der kirchlichen Verkündigung bei.[...]«

Tja, für die Gestaltung des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens, den maßgebenden Anspruch des Evangeliums, den Glauben der Kirche, meine ich ganz bestimmte feststellen zu dürfen, dass die ganz und gar weltlichen-geldlichen Unterstützungen, der freien Steuergemeinde, recht üppig ausfallen.

In den Finanzberichten für 2006 (>>) werden Gesamteinnahmen von 138,15 Mio.€ aufgelistet. Davon stammen sage und schreibe höchst großzügige 8,84 Mio.€ (= 6,40%) aus der Kirchenkasse, aber gleich **64,73 Mio.€ (= 33,83%)** offensichtlich aus rein öffentlichen Mitteln. Dann stehen da noch "Sonstige Zuschüsse" in Höhe von 15,62 Mio.€, von denen aber lediglich 2,7 Mio.€ explizit aufgeschlüsselt sind, und "Sonstige Mittel" mit 15,38 Mio.€, über die wir grad überhaupt nichts Näheres erfahren dürfen.

Wenn ich nun daraufhin von einer Finanzierung durch öffentliche Kassen in Summe von **wenigstens 35%** ausgehe, dann werde ich damit sicherlich jenseits von gut und böse liegen.

Das toppt also schon mal alles Bisherige!! Aber den Vogel schießt...

o...»Misereor«...

...ab!! »Außer der unerlässlichen **materiellen Hilfe, die MISEREOR leistet (!)**, gehört es daher auch zu seinem Auftrag, dass 'vom Evangelium her denen ins Gewissen geredet werden muss, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse bestimmen' (Kardinal Frings)[...]« (>>) Das setzt dem ganzen nun echt die Krone auf!!

Misereor's Jahresbericht 2006 (>>) wartet mit Gesamteinnahmen von 153,2 Mio.€ auf. Aus »Kirchlichen Haushaltsmitteln« wurde "horrende" 8,9 Mio.€ (= 5,8%) überwiesen, aus »Öffentlichen Mitteln« jedoch 86,7 Mio.€. Diese höchst bemerkenswerten 86,7 Millionen stehen somit für **56,6%** der Einnahmen. Nochmal, das sind also **56,6% aus öffentlichen Kassen!!**

»[...] MISEREOR ist von seiner Zielsetzung her somit eine zutiefst religiöse Bewegung [...]«, die sich aber mitnichten zu fein ist, heftigst in die Börsen der bunten Vielfalt der Steuerzahler zu greifen. Im Grunde genommen handelt es sich bei Misereor um einen kirchlichen Verwalter von staatlichen Steuergeldern. Sensationell!!

Und noch was!! Wenn ihr jemals noch mal was aus dem Munde eines Bischofs vernehmen müsst, oder dergleichen Zeilen vorgesetzt bekommt, wie wir sie bei Misereor selbst antreffen, »[...] Besonders in der Jahr für Jahr durchgeführten MISEREOR-Fastenaktion rufen die deutschen Bischöfe die Katholiken auf, Zeugnis zu geben von der Liebe Jesu Christi.[...]«, dann solltet ihr DRINGEND (!) folgendes bedenken:

Bischöfe werden nach »Bundesbesoldungsordnung B, Besoldungsgruppe (BesGr) B 8« bezahlt (>>), und erhalten somit ab Oktober 2007 ein **Grundgehalt von 8.211,65 Euro** pro Monat (!!!) (>>) Überdies werden sie von den Bundesländern ausgehalten, und nicht etwa, wie man naiv vermuten könnte, von der Kirche – und genießen ganz sicher zusätzlich noch das ein oder andere Privileg!!!! Ganz deutlich, um Missverständnisse zu vermeiden: **Der Staat – die Steuerzahler – bezahlen den Bischöfen ihr Gehalt, nicht die Kirche!!!** Und so jemand will mir was übers Fasten oder sonst was aus dem echten Leben erzählen? Das ist ja wohl ein Scherz!!!

Die katholische(n) schaffen es doch tatsächlich immer wieder, sowieso schon fragwürdiges, nochmal auf die Spitze zu treiben (Kasten rechts als zusätzliches Beispiel). Und das – gilt auch für die evangelischen – aufgrund von "Verträgen" die vor Jahrzehnten mit den Kackbraunen abgeschlossen wurden: den ►»Konkordaten«.

Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht muss man dem Gebaren der Kir-

»Der Jahresabschluss 2006 erfasst nur den Deutschen Caritasverband e.V., den Rechtsträger der Freiburger Zentrale mit den Hauptvertretungen in Berlin, München und Brüssel. Er enthält nicht die Finanzdaten der ca. 26.000 Dienste und Einrichtungen der Caritas in Deutschland. Der DCV ist ein Zusammenschluss seiner Mitglieder. Diese Mitglieder sind finanziell und wirtschaftlich eigenständig und unterliegen nicht der Kontrolle durch die Zentrale, sondern durch ihre eigenen Organe.«

Schaut auch mal beim für seinen sozialen Einsatz bekannten ►»WELTBILD-Verlag« vorbei.

Umsatz 2007: 1,6 Mrd.€.

Gesellschafter

Diözese Aachen	4,2%
Diözese Augsburg	11,7%
Erzdiözese Bamberg	5,7%
Diözese Eichstätt	3,4%
Erzdiözese Freiburg	2,7%
Diözese Fulda	6,8%
Erzdiözese Köln	7,2%
Soldatenseelsorge Berlin	4,3%
Diözese Mainz	17,0%
Erzdiözese München und Freising	13,2%
Diözese Münster	2,4%
Diözese Passau	5,7%
Diözese Regensburg	5,7%
Diözese Trier	4,3%
Diözese Würzburg	5,7%

Anteile in Prozent

chen ja beinahe schon Bewunderung zollen. Wer es schafft, sich seit Jahrhunderten mehr oder weniger schadlos zu halten und ohne Pleite durchgekommen zu sein, der muss wohl was richtig gemacht haben. Ganz weltlich und materiell wahrlich meisterhaft!! Nur was das Ganze noch mit Kirche zu tun hat, mag sich mir einfach nicht mehr erschließen!! Ich korrigiere, es hat sogar sehr viel mit Kirche zu tun, bloß nichts mehr mit Glauben(skirchen).

*Zwar wäre auch diesbezüglich (Art und Weise, Effektivität, uvm.) eine Diskussion sicherlich nicht sinnlos, soll hier aber nicht weiter verfolgt werden. Das würde schlicht zu weit führen!

Gut, genug der Aufregung!!

Um Fehldeutungen aus dem Weg zu gehen, will ich vor dem *Schlusswort* nochmal meine Intention klar machen. Es geht mir nicht darum, irgendwelche Hilfsorganisationen grundsätzlich madig zu machen*; auch nicht die, der Kirchen! Ich unterstelle an diesem Punkt einfach mal gutwillig, dass deren Arbeit schon okay sein wird. Was mich aber wirklich auf die Palme bringt, ist diese "Scheinheiligkeit", die doppelte Zunge, diese glänzende, (be)trägerische Fassade, die ... folgende Aussage aus einem Forum (>>) bringt es recht treffend auf den Punkt:

»[...] Ist wohl unseriös, wenn in den Taten nur 20% Kirche drin ist – aber 100% des Ruhms und der Moral zu beanspruchen.[...]«

Oder wie ich eingangs ja schon "vorauselend" mich selbst zitierte:

»Gleichwohl scheint meines Erachtens der tatsächliche finanzielle Aufwand der Kirchen, in keinem Verhältnis zu dem diesbezüglichen imagemäßigen Nutzen und ihrer Selbstdarstellungen zu stehen. Provokant gesagt: Die Kirchen sonnen sich in einem sozialen Liegestuhl, den sie gar nicht selbst bezahlt haben!!«

Es handelt sich schlicht und ergreifend um Mogelpackungen (!!!!) (zumindest zu einem nicht unerheblichen Teil!!!). Und warum sollte einen das ausgerechnet bei den Kirchen nicht zornig machen, wenn man derartiges zu allen möglichen anderen "Gelegenheiten" aufs heftigste kritisiert!! Ich für meinen Teil empfinde das als ein Unding.

c) *Schlusswort / Mega-Konzern Kirche; Das Geschäft mit der Nächstenliebe; Die heimlichen Geschäfte der Wohltäter*

Von meiner Seite als Schlusswort nur so viel: wer sich nur ein bisschen intensiver mit der Materie Kirche und ihren Anhängseln versucht zu beschäftigen, wird sehr schnell merken, dass man da "hast du nicht gesehen" zwangsläufig rasch vom Hundertsten ins Tausende stürzt; ein Querverweis jagt den anderen, eine Verknüpfung folgt der nächsten, Überkreuzverbindungen allenthalben. Das ist auch der Grund, weshalb ich mal wieder so detailliert und langatmig wurde; bei weitem mehr, als ich Anfangs eingeplant hatte!! Für Laien wie mich, ist es schlechterdings nicht machbar, dieses undurchsichtige Dickicht auch nur annähernd zu entstrüppen. Wer also ein klein wenig "Lunte gerochen" hat, dem bleibt letztlich nichts anderes übrig, zusätzlich höchst selbst auf die Suche zu gehen.

In jedem Fall lässt sich meiner Meinung nach feststellen, dass die suspekten Anteile an dem Thema, im Gleichschritt mit dem Grad der Beschäftigung damit, zunehmen. Schlussendlich bleibt nicht mehr viel Kirche nach meinem Verständnis übrig, sondern mehr und mehr der Eindruck von gut organisierten Wirtschaftsunternehmen, die nicht mehr viel anderes tun, als den Glauben und alles was damit gemeinhin zusammenhängt recht geschickt zu Verkaufen. Und Verkaufen ist durchaus im doppelten Wortsinn zu verstehen.

Da dieser Stoff dermaßen komplex ist, will ich mit einigen Zitaten von ► [»dieser Seite«](#) enden, die ihr durchaus ausführlicher Besichtigen solltet! Zumindest ein "globaler" Überblick lässt sich so gewinnen! Beginnen möchte ich mit einer Passage, die man vielleicht als Fazit betrachten kann.

[Fazit?]

»Dass die Klerikalen sogar im eigenen Verein an Boden verlieren, ist ja zu begrüßen. Wir bedauern ja nicht, dass die Nonnen z.B. der "Bethanien"-Sekte im Alltagsgeschäft der Diakonie keine große Rolle mehr spielen. Zu erklären wäre, wieso diese Sozialkonzerne trotzdem ALS Kirchen diese Rolle spielen können.[...]«

»Mega-Konzern Kirche

Die evangelische und die römisch-katholische Kirche in Deutschland gelten als die größten nichtstaatlichen Arbeitgeber und beschäftigen zusammen mit ihren Sozialwerken über 1,3 Millionen Menschen. Damit sind sie auch die größten Anbieter sozialer Dienstleistungen und wichtige Träger von Bildungseinrichtungen. Der mit ihren Unternehmungen erzielte Gesamtumsatz beträgt nach Schätzungen des Finanzexperten Carsten Frerk mindestens 125 Milliarden Euro. Weitere Zahlen und Fakten: Die evangelische und die römisch-katholische Kirche in Deutschland haben zusammen mehr als 53 Millionen Mitglieder und repräsentieren 65 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Einnahmen aus Kirchenlohn- und Einkommensteuer betragen im Jahr 2000 bei der EKD 4,38 und bei der römisch-katholischen Kirche 4,7 Milliarden Euro. Die römisch-katholische Kirche gliedert sich in sieben Erzbistümer, 20 Bistümer und 13 214 Gemeinden, die evangelische Kirche in 24

Landeskirchen und 16 896 Gemeinden. Ihr Gesamtvermögen wird auf 500 Milliarden Euro geschätzt. Die beiden Wohlfahrtsverbände **Caritas** (katholisch) und **Diakonie** (evangelisch) sind das Dach über jeweils mehr als 20 000 selbstständigen Unternehmen. Sie erzielen einen Umsatz von jeweils mindestens 25 Milliarden Euro. Darüber hinaus verfügen die beiden Kirchen über zahlreiche Finanzbeteiligungen und auch über mehr als ein Dutzend eigener Banken. Stark zu kämpfen haben die Kirchen mit einem wachsenden Mitgliederschwund: 1970 gehörten noch über 90 Prozent der Bundesbürger einer der beiden großen Kirchen an, jetzt sind es nur noch etwa zwei Drittel. [...]: Verglichen mit dem Haushalt 2002 rechnet die Kirche für 2004 mit Steuerausfällen von rund 25 Prozent. Deshalb wurde als Sofortmaßnahme jetzt das Pensionsalter der Pastoren um ein Jahr auf 63 erhöht. Auch bereitet eine Expertenkommission bereits ein Konzept vor, damit es der Kirche gelingt, bis zum Jahr 2010 nur noch mit der Hälfte ihres heutigen Etats in Höhe von 312 Millionen Euro auszukommen.«

»Das Geschäft mit der Nächstenliebe

Das "Religiöse" sei wieder stark im Kommen, liest man allerorten, und als die Bundesfamilienministerin van der Leyen am 20. April in Berlin das "Bündnis für Erziehung" vorstellte, wurde sie dabei von einer evangelischen Bischöfin und einem katholischen Kardinal sekundiert. Christliche Partikularwerte und Interessen werden gegen die weltanschauliche Neutralität des Staates und die universalistischen Grundwerte in Stellung gebracht.

Das breite Spektrum der Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft (z. B. Kindergärten, Krankenhäuser, Altenheime, Sozialstationen und Beratungsstellen) suggeriert einen hohen finanziellen Mitteleinsatz der Kirchen. Die Behauptung der besonderen Verknüpfung von sozialen und moralischen Aspekten unterstellt eine exklusive normative Qualität gegenüber den nicht-konfessionellen Trägern. Ein Schelm, der Böses bei solchen selbstlosen Unterstellungen denkt. [...]

Der Gesundheits- und Sozialbereich in Deutschland scheint eine Art Terra incognita zu sein, in dem viele von uns zwar einzelne Einrichtungen kennen, jedoch Ein- und Überblick nicht vorhanden sind. Auf dem Boden dieser Unkenntnis können sich Stereotypen und Vorurteile erhalten, die mit der heutigen Realität nur noch wenig zu tun haben.

1961 wurde in das Jugendhilfegesetz ein kurzer Absatz eingefügt, der den so genannten "freien Trägern" den Vorrang (!) vor den staatlichen Trägern einräumt. Dieses "Subsidiaritätsprinzip" wurde insbesondere von der organisierten katholischen "Nächstenliebe" (**Caritas**) und der evangelischen "Brüderlichkeit" (**Diakonie**) genutzt, um zum größten privaten Arbeitgeberverbund in Europa aufzusteigen.

1960 hatten Caritasverband und Diakonisches Werk zusammen rund 300 000 MitarbeiterInnen. Die aktuellen Zahlen belaufen sich auf zusammen rund 950 000 Beschäftigte. Dazu kommen noch rund 300 000 weitere Mitarbeiter als Azubis, Honorarkräfte, Freiwillige des Sozialen Jahres etc., die von den Verbänden selber nicht als Beschäftigte gezählt werden, da sie nicht hauptberuflich und unbefristet beschäftigt sind. Insgesamt sind es also zurzeit rund **1,25 Millionen** Menschen, die Lohn und Arbeit **bei Caritas und Diakonie** finden.

Bereits für die offiziellen Mitarbeiterzahlen beider Wohltätigkeitsverbände gilt, dass jeder der beiden Organisationen für sich mehr Menschen beschäftigt als der Siemens-Konzern (426 000) oder der Daimler-Chrysler-Konzern (366 000) weltweit. Mit anderen Worten: **Caritas und Diakonie sind unbekannte Giganten.**

Diese schnelle Vergrößerung der Mitarbeiterzahl hat die innere Struktur der Verbände und die Mentalität der Mitarbeiter stark verändert. Oder, wie andere Stimmen sagen: "Wer bei der Kirche arbeitet, fällt vom Glauben ab." Untersuchungen verdeutlichen: Schraubt man das Schild am Eingang ab, wird inhaltlich nicht mehr deutlich, wer Träger der Einrichtung ist.

Beide Organisationen setzen mittlerweile ein **Finanzvolumen von jährlich insgesamt rund 45 Milliarden Euro um** (Leistungsentgelte der Krankenkassen, der Pflegeversicherung etc.). Die vielfältige Arbeit von Caritas und Diakonie kommt vor allem dem Image der beiden Kirchen zugute: "Die tun doch so viel Gutes." Hinsichtlich der Finanzierung dieser Einrichtungen darf die beständige Wiederholung: "Die Kirche ist der Träger von Kindertagesstätten, Krankenhäusern, Altenheimen, etc." jedoch nicht täuschen, da in wesentliche Bereiche überhaupt kein Cent Kirchengeld fließt und die gesamten kirchlichen Zuschüsse für Caritas und Diakonie nur 1,8 Prozent von deren Gesamtkosten abdecken.

Die Frage dieser geringen Eigen-Finanzierung hat dabei zwei entscheidende Aspekte:

1. Die Glaubwürdigkeit des Trägers. Da die meisten Menschen meinen, dass die Kirchen, wie sie es selber auch immer darstellen, die sozialen Einrichtungen überwiegend aus der Kirchensteuer finanzieren, würden (nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland, www.fowid.de) rund die Hälfte der Kirchenmitglieder aus der Kirche austreten, wenn die Kirchen diese Einrichtungen nur geringfügig finanzieren. Genau das ist jedoch die Realität.

2. Die Rechtmäßigkeit eines Besitzanspruchs. Artikel 140 des Grundgesetzes (in Verbindung mit Artikel 137,3 der Weimarer Reichsverfassung) **privilegiert** die Kirchen u. a. in der Weise, dass sie ihre eigenen Einrichtungen selbstständig verwalten. Wenn also ein Krankenhaus, oder ein Altenheim, oder eine Kindertageseinrichtung ohne einen Cent aus der Kirchensteuer finanziert werden – ist es dann noch eine eigene Einrichtung der Kirchen?

Die selbstständige Verwaltung der Einrichtungen durch die Kirchen hat Bedeutung für viele Menschen, weil in den konfessionellen Einrichtungen ein "Dritter Weg" der Mitarbeitervertretung gilt: kein Betriebsrat, kein Streikrecht, keine Mitbestimmung oder Informationsrecht. Begründung: Dienstgeber und Dienstnehmer sitzen im gleichen Boot der "Glaubensverkündigung". Während jedoch bei der Caritas schon immer in Arbeitsverträgen unterschrieben wurden musste, dass man nach den Regeln der katholischen Kirche leben würde – alles andere bedeutete möglicherweise die fristlose Kündigung –, hatte die Diakonie bisher keinen Erfolg, derartige "Loyalitätsrichtlinien" für die MitarbeiterInnen durchzusetzen. Dafür wird jetzt Abhilfe geschaffen: Das bereits von der rot-grünen Bundesregierung formulierte Antidiskriminierungsgesetz, das dieser Tage vom Bundeskabinett verabschiedet wurde, gibt den Kirchen das gesetzlich festgeschriebene Privileg, nach ihren eigenen ethischen Lehren "Loyalitätsanforderungen" zu formulieren, die nicht als Diskriminierung gelten.«

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

§ 9 Zulässige unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder Weltanschauung

(1) Ungeachtet des § 8 ist eine unterschiedliche Behandlung wegen der Religion oder der Weltanschauung bei der Beschäftigung durch Religionsgemeinschaften, die ihnen zugeordneten Einrichtungen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform oder durch Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Religion oder Weltanschauung zur Aufgabe machen, auch zulässig, wenn eine bestimmte Religion oder Weltanschauung unter Beachtung des Selbstverständnisses der jeweiligen Religionsgemeinschaft oder Vereinigung im Hinblick auf ihr Selbstbestimmungsrecht oder nach der Art der Tätigkeit eine gerechtfertigte berufliche Anforderung darstellt.

(2) **Das Verbot unterschiedlicher Behandlung wegen der Religion oder der Weltanschauung berührt nicht das Recht der in Absatz 1 genannten Religionsgemeinschaften, der ihnen zugeordneten Einrichtungen ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform oder der Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Religion oder Weltanschauung zur Aufgabe machen, von ihren Beschäftigten ein loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses verlangen zu können.** (>>)

»Die heimlichen Geschäfte der Wohltäter

Caritas und Diakonie sind zu einem gigantischen Wohlfahrtsimperium geworden. Doch unter dem Siegel der Gemeinnützigkeit verbergen sich Intransparenz und jede Menge staatlicher Privilegien.

Aber davon ist nur wenig bekannt. Das liegt an der notorischen Verschwiegenheit der Branche. Über die guten Werke redet man gerne. Doch die Sozialunternehmen bleiben im dunkeln. Noch nicht einmal die Chefs der großen Verbände kennen Umsatz und Kassenlage ihrer Wohlfahrtsimperien. "Unter dem Siegel der Barmherzigkeit findet sich viel Intransparenz", sagt Dominik Enste, Fachmann für Wohlfahrtsökonomik beim Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Die Branche der Wohltäter hat sich in einem Gewirr rechtlich selbständiger, regionaler Kleinverbände organisiert, die völlig unabhängig nebeneinander wirtschaften. Sie weigern sich hartnäckig, ihre Zahlen an die Zentralen weiterzureichen. "Franchising im Namen der Nächstenliebe", nennt Enste das Organisationsprinzip der Branche. Gegen den gerne erweckten Anschein spielen Spenden bei der Finanzierung eine untergeordnete Rolle. Schätzungen schwanken zwischen 2 und 4 Milliarden jährlich. Der Umsatz der Gesamtbranche liegt aber bei 55 Milliarden Euro. Über 80 Prozent der Einnahmen stammen aus Mitteln des Sozialstaats, aus denen sich die Wohltäter meisterhaft zu bedienen wissen.

Wer das Gütesiegel der Gemeinnützigkeit ergattert, wird vom Staat großzügig mit einer Fülle von Privilegien ausgestattet, z.B. die Befreiung von der Umsatzsteuer. "Letztlich sind weniger die Leistungsempfänger, sondern eher die Leistungserbringer Nutznießer der umsatzsteuerlichen Vergünstigungen", hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium in einem Gutachten festgestellt. Schon Ende der neunziger Jahre stellte die Monopolkommission fest: "Das kartellartige Erscheinungsbild der Wohlfahrtsverbände stellt den Gegenpol zur Nachfragemacht des Staates dar". Die staatlich gewährten Privilegien sichern den Wohlfahrtskonzernen ihre führende Marktstellung im Sozialbereich. Unbehelligt von Wettbewerbern, handeln sie mit den Kostenträgern Pflegesätze aus. Im Kartell wird Hand in Hand gearbeitet.

Die Wohlfahrtsbranche kennt diese Kritik. Und reagiert ziemlich gelassen. Durch den Verweis auf ihren Non-Profit-Status (der in Wirklichkeit nur ein Verzicht auf Gewinnausschüttung ist) fühlen sich Caritas und Diakonie immun. Zur Begründung hat die Branche ihr eigenes Selbstbildnis gebastelt: Nicht einfach Dienstleister will man sein, sondern "Anwalt der Benachteiligten" und dafür zuständig, "Solidarität in der Gesellschaft" zu stiften. Doch der Druck auf das Wohlfahrtskartell wächst. Die Verbände mussten sich vom sogenannten Selbstkostendeckungsprinzip der Finanzierung verabschieden. Das war nichts anderes als ein Selbstbedienungsladen, die Möglichkeit, willkürlich alle Kosten abzurechnen. Heute müssen die Einrichtungen mit Budgets und Fallpauschalen auskommen. Druck kommt auch von den Brüsseler Wettbewerbswächtern. Sie lassen den Verzicht auf eigennützige Gewinnverwendung als Begründung der Privilegien nicht gelten: Verbände, die gegen Bezahlung soziale Dienstleistungen anbieten, sind für sie normale Unternehmen im Sinn des EU-Wettbewerbsrechts. Finanzminister Peer Steinbrück war zunächst nicht abgeneigt, diesen Rat zu beherzigen. Doch die Branche mobilisierte rasch den Volkszorn. Und der Finanzminister knickte ein. Mehr noch: Steinbrück will jetzt ein Gesetz ("Hilfen für Helfer") präsentieren, welches darauf hinausläuft, die Privilegien der Wohltäter großzügig auszuweiten.

STEUERVORTEILE

Die Wohlfahrtsverbände zahlen weder Körperschaft- noch Gewerbe- oder Erbschaftsteuer. Zugleich gibt es Vergünsti-

gungen bei der Umsatzsteuer. Nach Berechnungen des Ökonomen Dirk Meyer errechnet sich allein aus der Körperschaft- und Gewerbesteuer ein Steuervorteil von jährlich 600 Millionen Euro. Zudem erhalten die Wohlfahrtsverbände exklusiv Bußgelder und Lotterierlöse (Aktion Sorgenkind). Das benachteiligt freie Selbsthilfegruppen, private Anbieter und nicht organisierte Träger.

GRATISRESSOURCEN

Wohlfahrtsverbände können nicht nur viele Ehrenamtliche und Freiwillige beschäftigen (eine Kostenentlastung von geschätzt 10 Milliarden Euro jährlich), sie setzen zudem in großem Stil Zivildienstleistende ein: "eine Sondersteuer für junge wehrtaugliche Männer" (Meyer). Dies ergibt einen Kostenvorteil von fast 200 Prozent gegenüber der Konkurrenz.

GELDSPENDEN

Das deutsche Spendenrecht unterscheidet nach der Trägerschaft der Einrichtung. Gemeinnützigkeit wird vorausgesetzt. Für die Wohlfahrtsverbände bedeutet das eine vom Fiskus subventionierte Eigenfinanzierung. Ökonom Meyer schätzt das Spendenaufkommen der Kirchen auf 2 bis 4 Milliarden Euro jährlich.«

III Anhang

1.) Finanzierung der Kindergärten- bzw. tagesstätten



Um alle Zweifel zu zerstreuen, lassen wir die Kirchen höchst persönlich zu Wort kommen.

a) Die »Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)«,...

...die u.a. einen Kindergarten in meiner unmittelbarer Wohnungsnähe betreibt, spricht für 2006 ► »höchst selbst« dergestalt:

»Finanzierung: Bis in die 70er-Jahre finanzieren die Kirchen die Kindertagesstätten alleine. Seit 1996 haben Kinder ab drei Jahren einen rechtlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Die EKHN hat ihr finanzielles Engagement auf in der Regel 15 Prozent der laufenden Kosten begrenzt. [...]«

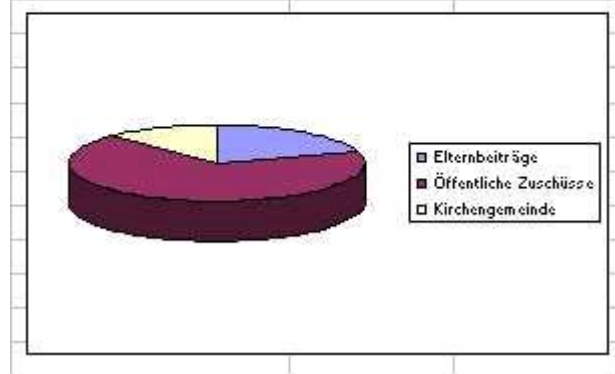
Ich werd' nicht mehr ... 15 Prozent!! Läppische 15 Prozent!! Das ist nun nicht gerade der Löwenanteil, behaupte ich mal frei weg. Denn 85% sind nun mal eindeutig und unzweifelhaft mehr, als 15%. Offensichtlich – siehe Bild links – reichen diese "mickrigen" 15 Prozent aber locker aus, diese Kindertagesstätte (und nicht nur die, das gilt für alle der ev. "Trägerschaft") *dick und fett und ausschließlich* als eine »evangelische« zu be-

zeichnen und außerdem noch groß und breit mit dem EKHN-Kreuz zu versehen.

Nein nein, die Kindertagesstätte nennt sich nicht »Öffentliche Kindertagesstätte des Landes Rheinland-Pfalz, mit dankenswerter Unterstützung der EKHN«, wie es dem finanziellen Beitrag angemessen wäre. Wo kämen wir da auch hin? Oh nein!! Vielmehr scheint *ZITAT von der Homepage* »Entsprechend [der] christlichen Grundeinstellung...« *ZITAT ENDE* die Namensgebung zu funktionieren. Tja nun, entspricht es tatsächlich der christlichen Grundeinstellung, sich mit fremden Federn zu schmücken?

Und unterschätzt nicht den Effekt dieser Namensgebungen! Der aufgedruckte, *sichtbare* "Stempel", ist entscheidend für das Image! Eine namentlich "evangelische" Kindertagesstätte, wird auch ausschließlich von

Betriebsausgaben	210.000	100,0%
Elternbeiträge	42.000	20,0%
Öffentliche Zuschüsse	141.750	67,5%
Kirchengemeinde	26.250	12,5%



Betonen möchte ich in diesem Zusammenhang allerdings *ausdrücklich*, dass dies keinesfalls eine Einschätzung oder gar konkrete Aussage über die Qualität der dort verrichteten Arbeit sein soll! Ich nehme an, daß dies wie überall sonst auch sein wird: mal besser, mal schlechter! Und in wie weit der rein religiöse, oder besser, rein *kirchliche* Aspekt eine Rolle in der Erziehung spielt, kann ich zweifelsfrei auch nicht beurteilen. Ich kann nur *spekulieren*, dass die Kirchen diese Chance, die zukünftigen Schäfchen schon frühzeitig zu formen, nicht vollkommen an sich vorbei gehen lassen wird. Aber, wie gesagt, reine Spekulation!! Ganz unabhängig davon, lassen sich die dargestellten Sachverhalte jedoch einfach nicht leugnen!!

der evangelischen Kirche finanziert – so wird gemein hin gedacht (fragt euch mal in eurer Umgebung diesbezüglich durch!!). Und DAS ist es, was mir an diesem Punkt so widerlich aufstößt. Die Kirchen bekommen dadurch eine *soziale* Stellung in der Gesellschaft zugewiesen, die ihnen in der Art schlicht nicht zusteht! Es handelt sich um nichts anderes, als um eine *Mogelpackung*. Nur, wo bleibt in diesem Falle die Entrüstung, wie sie in vergleichbaren Angelegenheiten zu vernehmen ist?

Und bei der Konkurrenzfirma sieht's auch nicht besser aus! Selbstverständlich gilt eben gesagtes auch hier.

b) Das »Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg«

Wir ergötzen uns an der Graphik links (2004/2005) und nehmen kopfschüttelnd zur Kenntnis (Quelle: auf Graphik klicken):

»[...] Die Betriebsausgaben eines Kindergartens werden im

Durchschnitt zu 67,5% durch öffentliche Zuschüsse, zu 20% durch Elternbeiträge und zu **12,5%** durch die Kirchengemeinde finanziert. [...]«

Selbstverständlich kann ich nicht mit Sicherheit sagen, dass das in dieser Art und Weise flächendeckend für die gesamte BRD gilt; zumal das Ländersache ist und anscheinend *relativ* neue Gesetze beschlossen wurden. Und versucht mal, da durchzusteigen: ► [»Beispiel Bayern«](#) (ein Hoch auf den Bürokratismus!). Gleichwohl scheint meines Erachtens der tatsächliche finanzielle Aufwand der Kirchen, in keinem Verhältnis zu dem diesbezüglichen imagemäßigen Nutzen und ihrer Selbstdarstellungen zu stehen. Provokant gesagt: Die Kirchen sonnen sich in einem sozialen Liegestuhl, den sie gar nicht selbst bezahlt haben!! Gute PR hatten sie aber schon immer. Letztlich ziemlich clever!!